



Finanzierung nachhaltiger Entwicklung

Foto: UN Photo/Stuart Price

Am Geld hängt doch alles?

Um die Armut in Entwicklungsländern bis 2030 zu überwinden, sind jährlich ca. 2,5 Billionen US-Dollar (ca. 2,35 Billionen Euro) an zusätzlichen Investitionen erforderlich. In Ländern mit hohem Einkommen ist der Strukturwandel hin zu mehr Nachhaltigkeit mit großem finanziellem Aufwand verbunden. **VON CHRISTINA KAMP**

Die Herausforderungen sind enorm. Noch immer herrscht in vielen Teilen der Welt große Armut und die Probleme haben mit der COVID-19-Pandemie, dem Klimawandel und kriegerischen Konflikten noch zugenommen. Die Finanzlage vieler Länder ist angespannt. Angesichts hoher Inflation und hoher Zinsen sind viele Länder mit niedrigem Einkommen mit der Bedienung und Begleichung ihrer Schulden überfordert.

In Ländern mit hohem Einkommen wächst der Druck, den Strukturwandel hin zu einer kohlenstoffarmen Wirtschafts- und Lebensweise zu beschleunigen. Auf entsprechende Zielvorgaben für Entwicklung und Nachhaltigkeit haben sich die UN-Mitgliedsstaaten 2015 verständigt. Mit der ambitionierten **Agenda 2030 und den 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung** (Sustainable Development Goals – SDGs) besteht ein klar definierter Handlungsrahmen. Alle Staaten der Welt sollen innerhalb von 15 Jahren unter anderem die Armut halbieren, Ernährung, Gesundheit und Bildung verbessern, Gleichberechtigung fördern, Ungleichheit verringern und die natürlichen Lebensgrundlagen schützen. Doch die **Zwischenbilanz 2023** zeigt: Um die Ziele bis 2030 zu erreichen, müssen Finanzierungsströme und Handlungskonzepte noch deutlich fokussierter auf diese Prioritäten ausgerichtet werden.

Die Verantwortung für die Umsetzung der 17 Ziele trägt in erster Linie jedes Land selbst und muss die dazu nötigen Steuereinnahmen

generieren. Dazu muss die Wirtschaftspolitik vielerorts verbessert werden. Korruption muss bekämpft werden und es braucht eine transparente, rechenschaftspflichtige Staats- und Regierungsführung. Gleichzeitig ist jedoch klar, dass gerade ärmere Länder die Herausforderungen nicht alleine stemmen können. Deshalb wurde mit der **Addis Abeba Action Agenda 2015** ein globaler Rahmen für Entwicklungsfinanzierung festgelegt, der die Umsetzung der Agenda 2030 unterstützt. Neben der Mobilisierung nationaler öffentlicher Gelder und privater Investitionen geht es darin um Entwicklungszusammenarbeit, Handel und Verschuldung, aber auch um Wissenschaft, Technologie und Innovationen.

Die Konferenz zu Entwicklungsfinanzierung in Addis Abeba war einer der Meilensteine im **UN-Prozess für Entwicklungsfinanzierung**. Bereits 2002 in Monterrey und 2008 in Doha waren die Weichen für mehr internationale Zusammenarbeit in diesem Bereich gestellt worden. In Monterrey hatten sich die EU-Staaten (erneut) dazu verpflichtet, 0,7 Prozent ihres Bruttonationaleinkommens für die Entwicklungszusammenarbeit aufzuwenden. Im Prinzip geht dieses Ziel bereits auf einen Beschluss der UN-Generalversammlung von 1970 zurück, doch bis heute wurde es nicht in vollem Umfang eingelöst.

Zur Halbzeit der Umsetzung der SDGs sieht die Bilanz nicht gut aus. Dass die Fortschritte nur unzureichend waren und es – auch

pandemiebedingt – sogar Rückschritte gab, hat dem UN-Prozess zu Entwicklungsfinanzierung neuen Schwung verliehen. Das ist dringend nötig, denn akute Krisen lenken die politische Aufmerksamkeit allzu leicht von einer langfristig nachhaltigen Entwicklung ab.

Galten in früheren Jahren Einsparungen bei den **Militärausgaben** noch als Option, um Mittel für Nachhaltigkeit und Entwicklung freizusetzen, ist angesichts der veränderten geopolitischen Lage davon kaum noch die Rede. Im Gegenteil: Laut Friedensforschungsinstitut Sipri sind die weltweiten Militärausgaben 2022 auf ein Rekordhoch von 2,24 Billionen US-Dollar (ca. 2,11 Billionen Euro) gestiegen. Regierungen müssen mit knappen Haushalten jonglieren, um aktuellen militärischen und energiepolitischen Sicherheitsinteressen Rechnung zu tragen. Dabei laufen sie Gefahr, die langfristigen Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsziele zu vernachlässigen. Doch Sicherheit hat viele Dimensionen. Nicht nur Konflikte, sondern auch Katastrophen auf Grund des Klimawandels können humanitäre Krisen auslösen.

Unterlassungssünden von heute werden sich in Zukunft bitter rächen. Wird heute nicht wesentlich schneller und stärker in den Klimaschutz investiert, werden die **Folgekosten der Erderwärmung** erheblich sein, nicht nur finanziell, sondern auch in Form von irreversiblen Umweltschäden und unermesslichem menschlichem Leid. Wird heute nicht rasch und wirksam in die Anpassung an den Klimawandel

- UN-Finanzierung** Seite 2
- Finanzierung der 17 Ziele** Seite 3
- Klimafinanzierung** Seite 4
- Nachhaltige Geldanlagen** Seite 4/5
- Reform der Finanzarchitektur** Seite 6
- Entwicklungszusammenarbeit** Seite 7
- Migration** Seite 8

investiert, werden in Zukunft enorme Kosten für Katastrophenmanagement und humanitäre Hilfe anfallen. Es ist also dringend geboten, einen deutlich größeren Einsatz für die SDGs an den Tag zu legen und auch die politische Kohärenz zu verbessern. Wofür Geld ausgegeben wird, muss im Einklang mit den 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung stehen. Regierungen können die notwendigen Investitionen in die SDGs voranbringen, indem sie **Subventionen und Anreize** neu gestalten, heißt es im »Globalen Bericht für nachhaltige Entwicklung 2023«. Zum Beispiel indem sie aufhören, fossile Energien zu subventionieren und sich konsequent auf **nachhaltige Alternativen** konzentrieren. Dazu braucht es nicht allein mehr Geld, sondern vor allem mehr politischen Willen.

Um die SDGs bis 2030 noch zu erreichen, verpflichteten sich die Staats- und Regierungschefs auf dem SDG-Gipfel in New York im September 2023 zu »mutigen, ehrgeizigen, beschleunigten, gerechten und transformativen Maßnahmen, die in internationaler Solidarität und wirksamer Zusammenarbeit auf allen Ebenen verankert sind«. Die SDGs seien nicht nur eine Liste von Zielen, sagte UN-Generalsekretär Guterres. »Sie enthalten die Hoffnungen, Träume, Rechte und Erwartungen der Menschen überall auf der Welt«.

Die Finanzierung der Vereinten Nationen: Chronisch angespannt

Finanzierungsfragen sind politisch, weil die Verteilung von Geld in den Vereinten Nationen sehr konkret Prioritäten sichtbar werden lässt. Finanzfragen sind immer auch Fragen von globaler Macht und Einfluss. **VON RONNY PATZ**

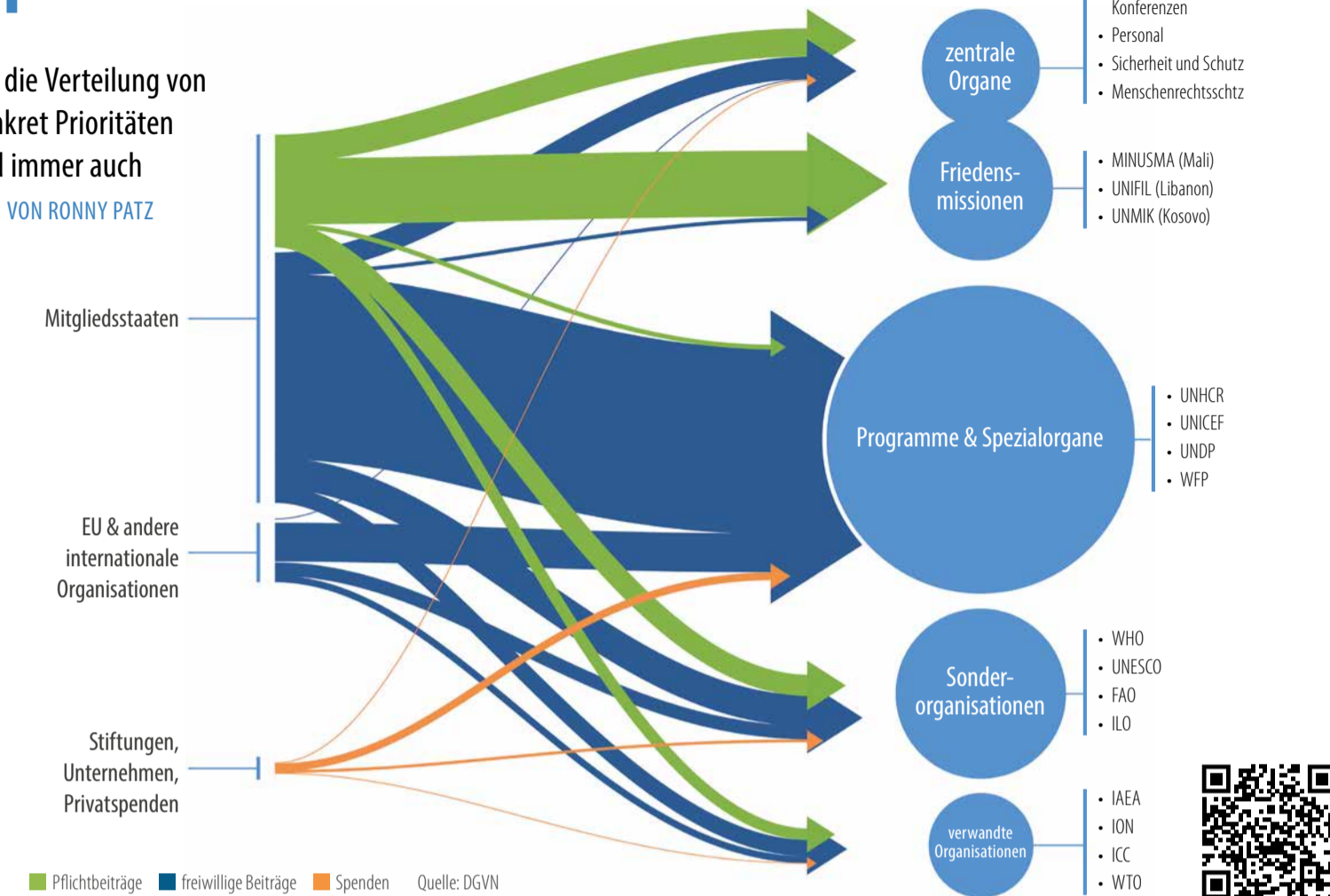
Die finanzielle Lage der Vereinten Nationen ist beinahe schon chronisch angespannt. Viele Mitgliedsstaaten entrichten ihre Beitragszahlungen nicht termingerecht. Ursache sind nationale Sparprogramme oder Finanzkrisen, oft ist die Zahlungsmoral jedoch an politische Erwägungen gekoppelt. Insbesondere die größten Beitragszahler können mittels verzögerter Zahlungen ihren politischen Interessen Nachdruck verleihen.

Derzeit umfassen die verpflichtenden Mitgliedsbeiträge, die sogenannten Pflichtbeiträge, bei sinkender Tendenz knapp 20 Prozent über alle UN-Organisationen hinweg. Der weit größere Teil wird über freiwillige, meist an konkrete Projekte gebundene Zahlungen bestritten. Die finanzkräftigen Staaten, die hohe freiwillige Beiträge entrichten, erhalten so noch mehr Kontrolle. Dieser Trend ermöglicht den UN zwar, wichtige Arbeiten durchzuführen, erschwert aber die strategische Planung und damit eine langfristig effektive Arbeit der UN deutlich.

Auch zukünftig werden die Vereinten Nationen von freiwilligen Beiträgen und Spenden abhängig bleiben. Ein Großteil davon ist nicht langfristig ausgerichtet und zweckgebunden. Das heißt, dieses Geld kann nur für den vom Mitgliedsland vorgegebenen Zweck und nicht für die Arbeit der UN-Organisation insgesamt oder für akute Notsituationen verwendet werden. Das bedeutet, dass es immer schwieriger wird, als Weltgemeinschaft gemeinsame globale Prioritäten zu setzen und dafür zu sorgen, dass das Geld letztendlich da ankommt, wo es am dringendsten gebraucht wird.

Die wichtigsten Nehmer und Geber

Die Vereinten Nationen sind global aktiv. Die höchsten Ausgaben verteilen sich jedoch auf eher wenige Staaten, wo Friedensmissionen aktiv sind oder humanitäre Hilfe geleistet wird, z. B. im Jemen, in Somalia, im Sudan und



Zwei UN-Haushalte

Der ordentliche (»reguläre«) Haushalt der UN ermöglicht die Daueraufgaben des UN-Sekretariats. Er deckt z. B. Personalkosten, Ausgaben für die UN-Amtssitze, Kommunikation, Sitzungen und Konferenzen. Die **Pflichtbeiträge** für UN-Friedensmissionen ähneln denen des regulären Haushalts, wobei die fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats

(China, Frankreich, Großbritannien, Russland, USA) verhältnismäßig höhere Beiträge zahlen. Diese Ausgaben aus Pflichtbeiträgen machen aber nur einen Teil der Gesamtausgaben aller Organisationen im UN-System aus. Das Hohe Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) bezog zum Beispiel im Jahr 2019 nur ein Prozent seiner 4,4 Milliarden US-Dollar

(4,14 Milliarden Euro) Ausgaben aus dem ordentlichen UN-Haushalt. Die restlichen 99 Prozent des UNHCR-Budgets setzten sich aus **freiwilligen Beiträgen** von Mitgliedsstaaten, von der Europäischen Union (EU) oder aus **Spenden** an die Organisation zusammen. Ohne diese zusätzlichen freiwilligen Beiträge würde das UN-System nicht funktionieren.

Südsudan, in Mali und Afghanistan. Bei der regulären Finanzierung des UN-Systems gilt das Prinzip: Größere und reichere Staaten zahlen mehr, kleinere und ärmere Staaten zahlen weniger. Allein die vier größten Pflichtbeitragszahler – die USA (22 Prozent), China (15,3 Prozent), Japan (8 Prozent) und Deutschland (6,1 Prozent) – tragen im Zeitraum 2022–24 mehr als die Hälfte des UN-Haushalts und

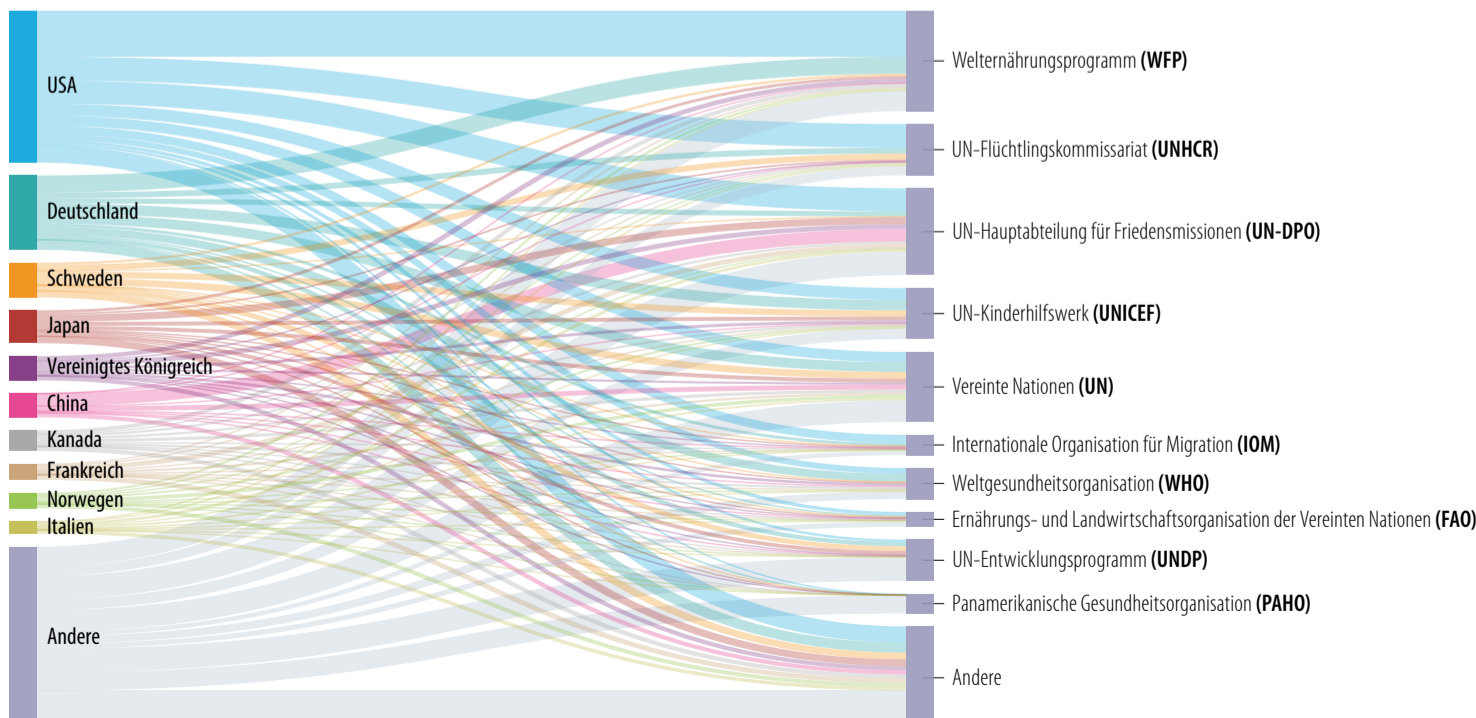
zahlen damit mehr als die anderen 189 Mitgliedsstaaten zusammen. Die 29 größten Beitragszahler finanzieren über 90 Prozent des regulären Haushalts. Die 116 Staaten mit den geringsten Beitragssätzen steuern weniger als ein Prozent zum Haushalt bei. Der Aufstieg Chinas zum zweitgrößten Pflichtbeitragszahler ist sicher das wichtigste Beispiel für Machtverschiebungen innerhalb der UN in jüngerer Zeit.

Entwicklung als Aufgabe der Vereinten Nationen

Die 193 UN-Mitgliedsstaaten sind oft unterschiedlicher Auffassung, wofür die zur Verfügung stehenden Mittel aufgewendet werden sollen: Der Globale Süden möchte beispielsweise die Ausgaben für entwicklungspolitische Themen erhöhen, während der Globale Norden mehr in Themen wie Sicherheit und Menschenrechte investieren will.

Viele bedeutende multilaterale Aufgaben werden von Organisationen im UN-System erfüllt. Die meisten von ihnen verfügen über eigene Haushalte und werden nur zu einem sehr geringen Teil aus dem UN-Haushalt unterstützt. Neben den Bereichen Friedenssicherung und Gesundheit werden die größten Ausgaben im Bereich der humanitären Hilfe, zum Beispiel über das Welternährungsprogramm (WFP) oder das Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA), sowie zur Unterstützung der (nachhaltigen) Entwicklung insbesondere über das UN-Entwicklungsprogramm (UNDP) getätigt. Die Arbeit der UN im Bereich Flucht und Migration wird ebenfalls mit großen Ausgaben durchgeführt. Insgesamt wird dort ein Vielfaches des regulären UN-Haushalts ausgegeben.

Zahlungsströme der zehn wichtigsten Geberländer an verschiedene Organisationen des UN-Systems



Dr. Ronny Patz ist Politikwissenschaftler und arbeitet an der Universität Potsdam.



»Den Worten müssen nun Taten folgen«, forderte UN-Generalsekretär António Guterres auf dem SDG-Gipfel im September 2023.
Foto: UN Photo/Paulo Filgueiras

Umsetzung der 17 Ziele: Mit einem »Big Push« in die zweite Halbzeit

Ein zentraler Vorschlag zur Finanzierung der Umsetzung der 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung in der zweiten Halbzeit ist das SDG-Stimuluspaket, das Anfang 2023 vom UN-Generalsekretär vorgestellt wurde. Es soll helfen, die »Great Finance Divide« – die finanzielle Spaltung von Nord und Süd auf den Finanzmärkten – zu überwinden. **VON BODO ELLMERS**

Während Länder des globalen Nordens sich zu Niedrigzinsen und in beinahe unbegrenzten Mengen Kapital auf den globalen Finanzmärkten besorgen können, haben Länder des globalen Südens diese Möglichkeit nicht. Die Zinsaufschläge, die sie gegenüber Regierungen des globalen Nordens zahlen müssen, betragen im Schnitt fünf bis acht Prozent. Seit die Zentralbanken des Nordens in 2021 die Zinswende eingeleitet haben, hat sich die Lage weiter verschlechtert. Als der UN-Generalsekretär António Guterres im Februar 2023 seinen Vorschlag für ein SDG-Stimuluspaket vorstellte, waren die Zinsaufschläge in 14 Ländern bereits auf über zehn Prozent gestiegen. Viele Länder steckten bereits in der Schuldenfalle und waren von jeglichem Zugang zu frischem Geld abgeschnitten. Dies hat fatale Folgen für die Finanzierung öffentlicher Dienste, wie zum Beispiel Schulen, Krankenhäuser oder Wasserversorgung, und für das Wohlergehen ihrer Bevölkerungen. An langfristige Investitionen, etwa zur Bekämpfung des Klimawandels, ist so nicht zu denken.

Neue Mittel für die Umsetzung der 17 Ziele

Mit dem SDG-Stimuluspaket sollen jährlich 500 Milliarden US-Dollar (ca. 470,8 Milliarden Euro) an zusätzlichen Finanzmitteln mobilisiert werden. Damit sollen Länder die Möglichkeit bekommen, in Bereiche wie erneuerbare Energien, soziale Sicherung oder den Ausbau ihrer Bildungs- und Gesundheitssysteme zu investieren. Dieser »Big Push« soll überwiegend von öffentlichen Entwicklungsbanken kommen, die mehr zinsgünstige Kredite bereitstellen können.

Das Paket enthält zudem die revolutionäre Forderung, Sonderziehungsrechte zur Finanzierung eines neuen Klimafonds heranzuziehen.

Sonderziehungsrechte sind eine Art Kunstgeld, mit dem bewusst und gezielt Währungsreserven aufgrund internationaler Vereinbarung geschaffen wurden. Mitglieder des Internationalen Währungsfonds (IWF) haben bei Finanzierungsbedarf das Recht, gegen Sonderziehungsrechte andere Währungen zu kaufen. Nutzt man sie für einen Klimafonds, würden damit die Instrumente des IWF – der de facto eine Art Weltzentralbank ist – in den Dienst der grünen Transformation gestellt.

Die reichen Länder sind aufgerufen, endlich das internationale Ziel zu erreichen, Mittel für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance, ODA) im Umfang von mindestens 0,7 Prozent ihrer jährlichen Wirtschaftsleistung zur Verfügung zu stellen. Dies würde eine Verdopplung vom derzeitigen Niveau bedeuten und 200 Milliarden US-Dollar (ca. 188 Milliarden Euro) zusätzlich mobilisieren, überwiegend in Form von Zuschüssen.

Die Schuldenkrise managen

Die vielen hoch verschuldeten Ländern können ohnehin keine neuen Kredite mehr aufnehmen, auch nicht zu günstigen Zinsen. Ihr Schuldendienst an die Gläubiger frisst einen erheblichen Teil ihrer Staatshaushalte auf. Für wichtige Ausgaben in Bereiche der Daseinsvorsorge und in Entwicklung bleibt kein Spielraum. Durch Schuldenumstrukturierungen und Schuldentreibungen soll die Schuldenlast reduziert werden.

Darüber hinaus enthält das Paket auch Vorschläge, über Schuldenumwandlungen (Swaps) gezielt Mittel zur Klimafinanzierung freizusetzen. Alle Gläubiger inklusive der Entwicklungsbanken werden aufgefordert, Ländern, die von Schocks wie Klimakatastrophen oder

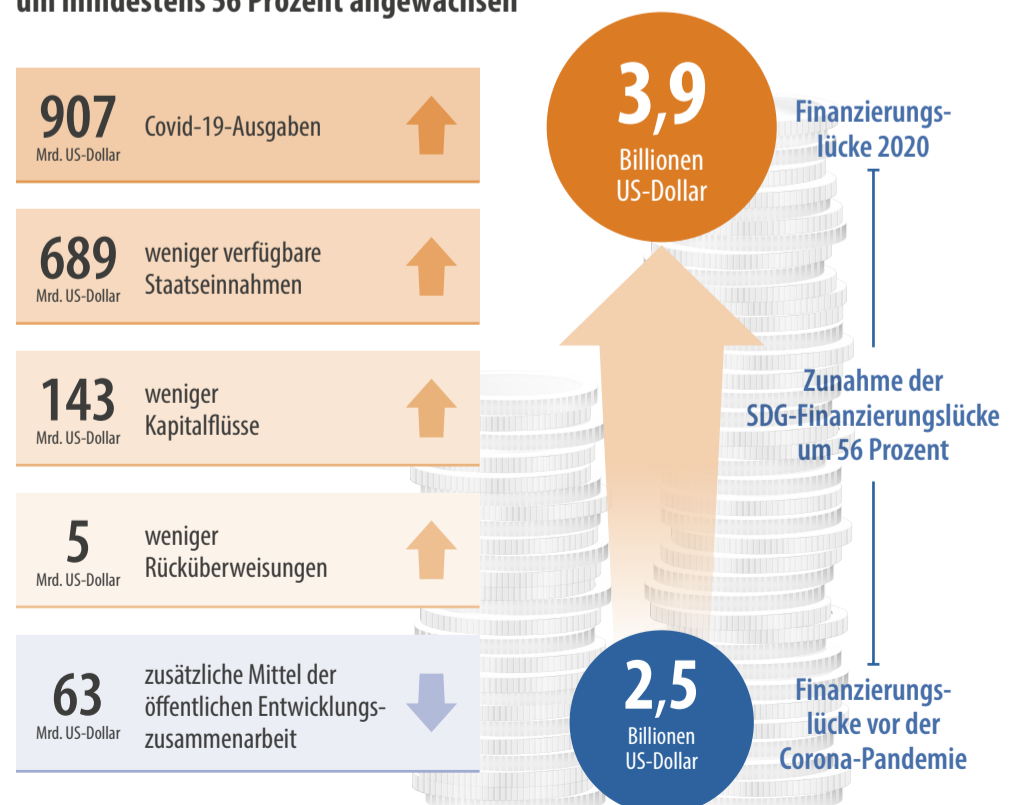
Pandemien betroffen sind, eine temporäre Aussetzung ihres Schuldendienstes zu ermöglichen.

Besonders die in der Gruppe der 77 (G77) organisierten Länder des globalen Südens haben sich klar für die Umsetzung dieses SDG-Stimuluspakets ausgesprochen und dafür gesorgt, dass es im Rahmen des SDG-Gipfels der Vereinten Nationen im September 2023 weit oben auf der politischen Agenda steht. Für sie ist eine

schnelle Umsetzung der Lackmestest dafür, dass die Länder des Nordens dazu bereit sind, solidarisch für die Finanzierung der SDGs und globaler Herausforderungen wie dem Klimawandel einzustehen.

Bodo Ellmers ist Direktor des Programmbeereichs Finanzierung für nachhaltige Entwicklung beim Global Policy Forum (GPF).

Die SDG-Finanzierungslücke in Entwicklungsländern ist 2020 um mindestens 56 Prozent angewachsen



Quelle: Global Sustainable Development Report 2023: Times of crisis, times of change, Science for accelerating transformations to sustainable development, S. 74. United Nations (New York).

Klimafinanzierung in der Krise

Ab 2020 sollen die Entwicklungsländer jedes Jahr 100 Milliarden US-Dollar (ca. 94 Milliarden Euro) zur Klimafinanzierung bekommen, versprochen die Industriestaaten schon 2009. Das Geld soll Entwicklungs- und Schwellenländern dabei helfen, ihren meist recht geringen Treibhausgasausstoß zu senken und sich an die Folgen des Klimawandels anzupassen. **VON SANDRA KIRCHNER**

Vielen Ländern des globalen Südens fehlen zum Klimaschutz und zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels die finanziellen Ressourcen. Das soll die Klimafinanzierung ausgleichen, die in der UN-Klimarahmenkonvention von 1992 sowie im Pariser Klimaabkommen von 2015 vertraglich vereinbart ist. Wie viel einzelne Industriestaaten geben sollen, ist darin nicht festgelegt. Jeder Staat entscheidet selber, wie viel Geld er gibt.

Gebrochene Versprechen

Zwar haben die Industrieländer Jahr für Jahr ihre Zusage über 100 Milliarden US-Dollar pro Jahr gebetsmühlenartig wiederholt, doch je näher 2020 rückte, desto offensichtlicher wurde: Das Versprechen wird gebrochen, weil zu wenige Industrieländer Geld geben und die Beiträge zu gering sind. Erst 2023 wird die Zusage wahrscheinlich eingelöst.

Während die Industriestaaten die internationale Klimafinanzierung nur zögerlich aufstocken, hat Deutschland 2022 einen Schutzschirm über 200 Milliarden Euro aufgespannt, um Bürgerinnen und Bürger und die Wirtschaft von stark gestiegenen Strom- und Gaspreisen zu entlasten. Vor allem fossile Energien, die die Klimakrise noch weiter antreiben, werden damit unterstützt. Der politische Wille fehlt, die Entwicklungsländer angemessen zu unterstützen. Dabei gehört Deutschland durchaus zu den großen Gebern in der Klimafinanzierung und hat bereits 2022 die für 2025 angestrebte

Vorgabe eingelöst, sechs Milliarden Euro zu geben. Auch in den kommenden Jahren sollen jeweils sechs Milliarden Euro erreicht werden. Entwicklungsorganisationen fordern jedoch, dass Deutschland seinen Beitrag auf acht Milliarden Euro jährlich aufstockt – das wäre aus ihrer Sicht ein fairer Beitrag.

Dabei sind die vorgesehenen 100 Milliarden US-Dollar (ca. 94 Milliarden Euro) jährlich nicht viel mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein. Der Finanzbedarf des Globalen Südens zum Management der Klimakrise ist weit aus größer. Bis 2030 brauchen die Schwellen- und Entwicklungsländer jedes Jahr eigentlich 2,4 Billionen US-Dollar (ca. 2,26 Billionen Euro) für den Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel. Bislang fließt der größte Teil der Klimafinanzierung in den Klimaschutz, um die Treibhausgasemissionen in Entwicklungsländern zu senken. Damit werden beispielsweise der Ausbau erneuerbarer Energien oder die Förderung der E-Mobilität finanziert. Nur ein Viertel der Klimagelder wird für Anpassung vergeben, dabei sollten die Gelder eigentlich je zur Hälfte in beide Bereiche fließen.

Ungleiche Hilfe

Auch wird die Finanzierung nicht gleichmäßig verteilt. Von dem meisten Geld profitiert eine kleine Minderheit von Schwellenländern wie etwa Brasilien, Indien oder Südafrika, während viele Entwicklungsländer bislang nur wenig



Installation von Solarkollektoren auf dem Dach der Vereinten Nationen in New York. Foto: UN Photo/Mark Garten

Unterstützung bekommen haben. Häufig werden die Mittel auch nicht als Zuschüsse vergeben, sondern als Kredite, müssen also zurückgezahlt werden. Das heißt, es wird eigentlich viel weniger für die Klimafinanzierung ausgegeben, als die Industrieländer offiziell angeben. Das ist in mehrfacher Hinsicht ein Problem. Die Länder des globalen Südens sind noch stärker von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen, obwohl sie kaum zum Ausstoß klimaschädlicher Treibhausgase beigetragen haben. Häufig

fehlen ihnen die finanziellen Ressourcen, um sich vor Stürmen, Dürren, Überschwemmungen oder Küstenerosion zu schützen.

Das unerfüllte Versprechen belastet zudem die internationale Klimadiplomatie. Es droht ein Vertrauensverlust, wenn die Industrieländer ihre Zusagen nicht einlösen. Die Klimakrise wird sich aber nur eindämmen lassen, wenn Zusagen und vereinbarte Prozesse eingehalten werden.

»Über Geld spricht man nicht« war gestern

Unser Bewusstsein für Nachhaltigkeit ist in vielen Lebensbereichen stark gestiegen, sei es beim Konsum von Nahrungsmitteln, in der Mode oder Mobilität. Wie uns auch die Nachhaltigkeit unseres Finanzsystems unmittelbar betrifft und welche Handlungsoptionen es gibt, besprachen wir mit Finanzexpertin Kristina Jeromin.



Foto: privat

Kristina Jeromin

ist Geschäftsführerin des Green and Sustainable Finance Cluster Germany. Als Mitglied des Sustainable Finance Beirats der deutschen Bundesregierung verfolgt sie seit mehreren Jahren auf nationaler Ebene und im europäischen Raum die Entwicklungen zu Sustainable Finance.

Sie setzen sich für »Sustainable Finance« ein. Was versteht man darunter?

Unter Sustainable Finance versteht man die Aktivierung des Finanzsystems zur Finanzierung der sozial-ökologischen Transformation unserer wirtschaftlichen Wertschöpfung. Geld entfaltet Wirkung in der Welt. Das Geld, das in einer Firma mit hohem CO₂-Ausstoß steckt, die unter Umständen nicht-nachhaltige Güter produziert, könnte an anderer Stelle sehr viel wertvoller sein – nämlich da, wo es Unternehmen hilft, mit ihren Emissionen auf den 1,5-Grad-Pfad zu kommen, die Arbeitenden unter sozial gerechten Bedingungen zu beschäftigen, etc. Das heißt, wir müssen uns bei jedem Euro fragen: Wo wird er investiert? Ist er dort an der richtigen Stelle? Unterstützt er dort die richtigen Werte? Bringt uns diese Investition auf dem Weg, die Ziele für nachhaltige

Entwicklung der Vereinten Nationen zu erreichen, voran? Wenn nein, raus mit dem Euro, uninvestieren.

Dabei ist mir ganz wichtig, dass es nicht darum geht, nur in heute bereits nachhaltige Unternehmen zu investieren oder diese finanziell zu unterstützen. Wir müssen gerade bei den Unternehmen ansetzen, die bei der Gestaltung zukunftsfähiger Unternehmensstrukturen noch Herausforderungen sehen, die sich aber Ziele gesetzt haben und die zur Erreichung dieser Ziele finanzielle Unterstützung brauchen. Genau da müssen wir ansetzen, denn das wird dann am Ende den Unterschied machen. Das sind keine rein moralischen Werte, das sind wirtschaftliche Werte. Nur die Unternehmen, die sozial gerecht und ökologisch sinnvoll arbeiten, werden zukunftsfähig sein.

Wie können wir als Konsumentinnen und Konsumenten konkret unser Geld in den Dienst der Nachhaltigkeit stellen?

Die Macht der Konsumentinnen und Konsumenten ist tatsächlich enorm. Und damit natürlich auch unsere Verantwortung. Gerade in Deutschland heißt es ja gerne, über Geld spricht man nicht. Das ist tatsächlich schon ein grundlegender Fehler. Denn wir geben jeden

Tag Geld aus. Wir sind investiert über unsere Sparpläne bei der Bank, wir geben unseren Versicherungen Geld. Dieses Geld bleibt nicht im geschlossenen Raum, sondern wird angelegt. Jeden Tag treffe ich über Kaufentscheidungen, aber auch durch die Wahl meiner Bank oder Versicherung, Entscheidungen, die eine finanzielle Wirkung in der Welt entfalten. Und ich habe es in der Hand, diese Wirkung auszugestalten.

Inwiefern ist ein Produkt nachhaltig? Was weiß ich darüber? Das ist komplex. Aber wir beschwören ja immer unsere individuelle Freiheit. Individuelle Freiheit aber geht mit Verantwortung einher. Die Welt ist komplex und in dem Moment, in dem ich mich als selbstbestimmte, verantwortliche Konsumentin in dieser Welt bewegen möchte, muss ich viele Informationen heranziehen, um verantwortungsbewusste, nachhaltige Entscheidungen zu treffen.

Gibt es in diesem Bereich schon genug Transparenz, die solche Entscheidungen erleichtert? Im Bereich Sustainable Finance sprechen wir von so genannten ESG-Informationen: »Environmental, Social, Governance«. Man zieht ökologische, soziale und Unternehmensführungsaspekte einer Investition zusätzlich zu

den klassischen Finanzkennzahlen heran, um zu bestimmen, ob es eine nachhaltige Investition ist. Dementsprechend gibt es bei den Banken ESG-Finanzprodukte, in die ich mein Geld investieren kann. Jetzt ist dieses Label »ESG« noch nicht standardisiert. Über lange Jahre war das im Prinzip eine freiwillige Bewegung, die von Nachhaltigkeitsratings und -rankings unterstützt wurde, die bei Unternehmen diese Kennzahlen erhoben haben. Da gibt es also noch viele verschiedene Lesarten, diese Daten auszuwerten.

Wie lässt sich politisch gesteuert mehr Sicherheit für die Konsumentinnen und Konsumenten schaffen?

Dazu brauchen wir klare, rechtlich verbindliche Standards, die seitens der Politik vorgegeben und geprüft werden. Wir sind aktuell auf dem Weg, dass diese Standards im Markt entstehen, über den so genannten EU Action Plan on Sustainable Finance, ein großes Regulierungspaket der EU-Kommission. Aber, und das ist mir ganz wichtig: Diese sich aufbauenden Standards entbinden uns persönlich nicht, das Gespräch in der Bank zu führen. Denn die Standards sind noch nicht das Gelbe vom Ei. Was aber nicht heißt, dass man ESG-Nachhaltigkeit nicht nachfragen sollte. Denn

in dem Moment, in dem die Banken merken, dass Nachhaltigkeit zunehmend nachgefragt wird, haben sie dann noch mehr Interesse, ein entsprechendes Produktportfolio verlässlich aufzubauen. Allein über das Interesse, über die Nachfrage im Beratungsgespräch schafft man eine bessere, transparentere und vor allem vielseitigere Angebotsseite.

Welche weiteren wichtigen politischen Stell-schrauben gibt es, um Kapitalströme in Richtung Nachhaltigkeit zu lenken?

Auch auf politischer Seite ist zunächst einmal ein Bewusstsein notwendig, dass Finanzierungsfragen Querschnittsaufgaben sind. Man bekommt keine Verkehrswende hin, auch keine Verbesserung des Bildungssystems und auch keine zukunftsfähige Ausrichtung des Wirtschaftsstandortes, wenn man nicht investiert. Das kostet alles am Ende Geld. Auch seitens des Staates sind hier Investitionen notwendig. Wir müssen schauen, dass sich die öffentliche

Hand an der gesetzten Nachhaltigkeitsagenda ausrichtet. Auch für die Privatwirtschaft hat es eine enorm wichtige Signalwirkung, dass der Staat seine eigenen Investitionen entsprechend nachhaltiger Werte steuert.

Dann macht der Staat natürlich Regeln für die Wirtschaft, um Kapital im privatwirtschaftlichen Bereich zu lenken. Hier ist eine große Säule der Regulierung die Transparenz und Berichterstattung. Unternehmen sind aufgefordert, ihre Geschäftskennzahlen offenzulegen. Die neuen Kennzahlen aus dem Nachhaltigkeitsbereich – »Environmental, Social, Governance« – müssen in diese rechtlich verbindliche Unternehmensberichterstattung integriert werden.

Schließlich braucht es für die Finanzwirtschaft rechtlich verbindliche Regeln, wie diese Informationen, die sie von den Unternehmen bekommen, in die Kreditvergabe, in die

Investitionsentscheidungen einfließen. Es gilt sicherzustellen, dass Nachhaltigkeit eine relevante Größe im Rahmen der Investment-Entscheidung, der Kreditvergabe darstellt.

Welche Bedeutung kommt der internationalen Ebene zu?

Geld bewegt sich um den Globus. Wir brauchen also einen politischen Rahmen, der mindestens europäisch funktioniert, und wir brauchen im Rahmen internationaler Verhandlungen ein starkes Bewusstsein dafür, dass Finanzierung und verbindliche Standards für nachhaltige Finanzierung auf die Agenda der internationalen Staatengemeinschaft gehören.

International gibt es auch schon lange die Finance Initiative des Umweltprogramms der Vereinten Nationen. Diese hat vor einigen Jahren die Financial Centres for Sustainability gegründet. Da geht es darum, Austausch zwischen den einzelnen Finanzzentren global zu

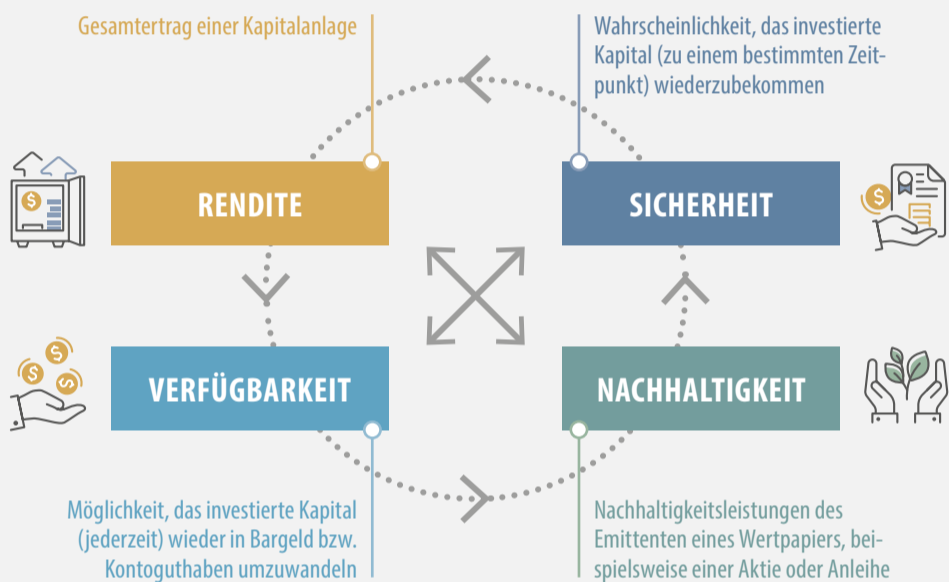
schaffen und miteinander und voneinander zu lernen. Jeder Finanzplatz, jeder Wirtschaftsstandort ist anders strukturiert. Deutschland ist beispielsweise sehr bankenlastig und hat einen sehr großen Mittelstand.

Gibt es Länder, von denen wir lernen können?

In einigen anderen europäischen Staaten hat das Thema Sustainable Finance schon früher und schneller an Fahrt aufgenommen. In Frankreich, Luxemburg oder den Niederlanden hat sich die Politik schon sehr früh eingeschaltet. Man muss nicht immer warten, bis ein Gesetzesentwurf perfekt ist. Wir müssen gerade in diesen Zeiten des Wandels, wo wir versuchen sowohl realwirtschaftliche Wertschöpfung als auch finanzwirtschaftliches Wirken nachhaltig umzubauen, mit gewissen Versuchssituationen arbeiten, die dann wiederum den nächsten Schritt auf der gemeinsamen Agenda fördern.

Die Fragen stellte Christina Kamp.

Nachhaltige Geldanlagen ...



Quelle: NKI – Institut für nachhaltige Kapitalanlagen (2019) in Forum Nachhaltige Geldanlagen e.V. (2019): Nachhaltige Kapitalanlagen – eine Einstiegshilfe. Berlin.

Bei nachhaltigen Kapitalanlagen wird auch gerne von der »doppelten Dividende« gesprochen. Zur finanziellen Rendite kommt die Verfolgung wichtiger sozialer und ökologischer Ziele. Letztlich ist dies eines der stärksten Argumente für die Entwicklung und Umsetzung nachhaltiger Anlagestrategien: Bei vergleichbaren (oder besseren) finanziellen Erträgen wird gleichzeitig ein Nutzen für Umwelt und Gesellschaft erzielt.

... mit doppelter Dividende

Wie Investitionen zur Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs), der Ziele des Pariser Klimaabkommens und anderer Nachhaltigkeitsvorhaben beitragen können, wird in der Finanzwirtschaft zunehmend diskutiert. Auch immer mehr Menschen, die Geld anlegen wollen, fragen sich, was es bewegen kann. So haben nachhaltige Geldanlagen in den letzten Jahren eine große Dynamik erfahren. Im Jahr 2022 lag die Gesamtsumme allein in Deutschland bei 578,14 Milliarden Euro. Das entspricht einer Steigerung um 15 Prozent im Vergleich zum Vorjahr, trotz eines schrumpfenden Gesamtmarkts. Der Marktanteil nachhaltiger Publikumsfonds, Mandate und Spezialfonds stieg auf 12,5 Prozent.

Investments, die nicht nur eine finanzielle Rendite abwerfen, sondern auch einen positiven Beitrag zur Lösung ökologischer und sozialer Probleme leisten, werden »Impact Investments« genannt. Sie werden anhand von fünf Merkmalen – Intentionalität, Zusätzlichkeit, Wirkungskanälen, Messbarkeit und Transparenz – überprüft. Dabei handelt es sich um einen ambitionierten Nachhaltigkeitsansatz.

Da aber grundsätzlich jedes Investment eine Wirkung hat, sollten nicht nur positive Beiträge, sondern auch negative Auswirkungen berücksichtigt

werden. Die Messung und direkte Zuordnung von Wirkungen ist hochkomplex, insbesondere bei Kapitalanlagen, die an der Börse gehandelt werden und vor allem in Publikumsfonds (investierbar für Privatanlegerinnen und -anleger) enthalten sind. Mittlerweile nutzen viele Anbieter auch die SDGs als Rahmenwerk für die Wirkungsmessung. Dabei werden relevante Indikatoren festgelegt und bestmöglich den entsprechenden SDGs zugeordnet. Allerdings steht diese Wirkungsmessung noch am Anfang. Die erzielte Wirkung kann in regelmäßigen Berichten (»Impact Reports«) nachvollzogen werden.

Um die Entwicklung eines Finanzsystems zu unterstützen, das die sozialökologische Transformation der Realwirtschaft innerhalb der planetaren Grenzen vorantreibt, setzt sich das Forum Nachhaltige Geldanlagen als Fachverband im deutschsprachigen Raum seit 2001 für nachhaltige Investments ein. Mit Nachhaltigkeitsprofilen nachhaltiger Investmentfonds bietet das Forum eine Übersicht von Anlagestrategien und relevanten Eckdaten, die helfen, sich einen ersten Überblick zu verschaffen.

Sascha Görnitz, Geschäftsführer des Forums Nachhaltige Geldanlagen www.forum-ng.org

Vorausschauend denken – Informiert entscheiden – Nachhaltigkeit fördern

<ul style="list-style-type: none"> UMWELTVERTRÄGLICH UND SOZIALVERANTWORTLICH REISEN ENERGIE SPAREN, ERNEUERBARE ENERGIEN NUTZEN ÖKO-FAIR EINKAUFEN GELD NACHHALTIG ANLEGEN IN ... ÖPNV NUTZEN FÜR ENTWICKLUNGSPROJEKTE SPENDEN NACHHALTIGKEITSINITIATIVEN UNTERSTÜTZEN 	<ul style="list-style-type: none"> ... BÖRSEGEHANDELTE INDEXFONDS (ETF), AKTIEN- ODER RENTENFONDS, ... <ul style="list-style-type: none"> ... die gezielt in nachhaltig wirtschaftende Branchen (z. B. erneuerbare Energien) investieren (Positivkriterien) ... die gezielt in Unternehmen investieren, die hinsichtlich der ESG-Kriterien (»Environment, Social, Governance«) besonders gut aufgestellt sind (»Best-in-Class«) ... die nicht in Unternehmen investieren, die in bestimmten Bereichen wie z. B. Kernenergie, Kohlekraftwerken oder Rüstung tätig sind (Ausschlusskriterien) ... die nicht in Unternehmen investieren, die in ihrer Geschäftspraxis gegen Prinzipien wie die Menschenrechte oder internationale Arbeitsnormen verstoßen (Ausschlusskriterien) ... GIRO-, TAGESGELD- UND FESTGELDKONTEN BEI BANKEN, DIE NACHHALTIGKEIT IM KERNGESCHÄFT VERANKERT HABEN ... GRÜNE ANLEIHEN DER ÖFFENTLICHEN HAND ZUR REFINANZIERUNG NACHHALTIGER PROJEKTE ... CROWDFUNDING NACHHALTIGER PROJEKTE
--	--

Die überfällige Reform der internationalen Finanzarchitektur

Wenn die zur Verfügung stehenden finanzpolitischen Strukturen nicht ausreichen, um die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen zu bewältigen, müssen sie dringend reformiert werden. Steuersysteme und Mechanismen zur Bewältigung der Schuldenkrise gehören mit auf den Prüfstand. **VON DR. KLAUS SCHILDER**

Schätzungen zufolge fehlen zwischen 1,4 und 2,5 Billionen US-Dollar (ca. 1,32–2,35 Billionen Euro) jährlich, um die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDGs) weltweit umzusetzen. Alleine die Länder niedrigen und mittleren Einkommens benötigen nach Schätzungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) etwa 1,3 Billionen US-Dollar (ca. 1,22 Billionen Euro) jährlich zur Finanzierung nachhaltiger und zukunftsfähiger Infrastruktur, wie zum Beispiel der Versorgung mit sauberem Trinkwasser, Gesundheitsdiensten oder einer emissionsarmen Energieversorgung.

Doch die bestehende internationale Finanzarchitektur ist nicht in der Lage, die Umsetzung der Agenda 2030 und der SDGs sowie die Überwindung der Klimakrise im Interesse der bald acht Milliarden Menschen auf dieser Welt wirksam zu unterstützen. Sie ist vielmehr voll von inneren Widersprüchen, Machtasymmetrien und systemischen Defiziten. Zudem leidet sie unter den Auswirkungen einer »Kaskade globaler Krisen«. Dies ist der ernüchternde Befund des im Jahr 2023 vorgelegten Berichts »Our Common Agenda« des UN-Generalsekretärs António Guterres.

Angesichts dieser riesigen Herausforderung schlägt der UN-Generalsekretär den Mitgliedsstaaten eine breite Agenda dringender finanzpolitischer Reformen vor. Dazu zählen neue Ansätze im Umgang mit der globalen Schuldenkrise, ein neuer Ansatz in der internationalen Steuerpolitik, die Reform und Modernisierung internationaler Finanzinstitutionen wie der Weltbank und die Stärkung der öffentlichen Entwicklungsfinanzierung in Zeiten der globalen Zinswende.

Die Umsetzung der Agenda 2030 ist zur Halbzeit in einer akuten Krise. Dies hat den Druck zusätzlich erhöht, schnell Fortschritte bei der Reform der Entwicklungsfinanzierung zu machen. Die jetzt von António Guterres gemachten Vorschläge sind Teil des

umfassenderen UN-Reformprozesses »Unsere gemeinsame Agenda«. Der UN-Generalsekretär schlägt mehr als 50 Politikempfehlungen vor, gegliedert in sechs Bereiche:

- Global Economic Governance,
- Schuldenerlass und Staatsschuldenkrise,
- öffentliche Entwicklungsfinanzierung,
- ein globales Sicherungsnetz,
- die Regulierung der Finanzmärkte,
- Reformen der globalen Steuerpolitik.

Lösung der globalen Schuldenkrise

Die globale Schuldenkrise hat stetig an Brisanz zugenommen. In Zeiten niedriger Zinsen und schwächelnder Volkswirtschaften im Globalen Norden hatten Anleger ein großes Interesse, Kredite zu vergleichsweise hohen Zinssätzen in den Globalen Süden zu vergeben. Mit Ausbruch der Corona-Pandemie 2020 und aufgrund der dadurch verursachten weltwirtschaftlichen Rezession stieg die Verschuldung von Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen sprunghaft an.

Derzeit sind 136 der 152 von erlassjahr.de und Misereor im Schuldenreport 2023 untersuchten Staaten des Globalen Südens kritisch verschuldet, 40 davon sehr kritisch. Dringend notwendig ist ein neuer Konsens zum Schuldenmanagement, der die Staatshaushalte hochverschuldeter Länder rasch entlastet und durch verringerten Schuldendienst öffentliche Mittel freisetzt, um die SDGs zu finanzieren und Ungleichheit zu verringern.

Neben einem international längst überfälligen Staateninsolvenzverfahren für hochverschuldete Staaten braucht es Schuldenmoratorien und -erlasse für Staaten, die von den Folgen des Klimawandels besonders betroffen sind. António Guterres unterstützt zudem die Schaffung einer globalen Institution zum Umgang mit der Verschuldung (Global Debt Authority) und eines Treuhandfonds, der hochverschuldete Staaten bei der Umschuldung unterstützen soll.

Fortschritte bei der internationalen Steuerkooperation

Progressive Steuersysteme sind – national wie international – eine der wichtigsten Stellschrauben, um Ungleichheit und Armut wirksam abzubauen. Denn politische Entscheidungen der letzten Jahrzehnte haben zu massiven Steuerentlastungen von Unternehmen und Vermögenden geführt. Die Steuer- und Abgabenlast für Bürgerinnen und Bürger ist dagegen kontinuierlich gestiegen. Die Weltbank geht davon aus, dass die SDGs ohne konzertierte Maßnahmen zur Verringerung globaler Ungleichheiten bis 2030 nicht zu erreichen sein werden. Vorrangig müssen daher jetzt auch Maßnahmen gegen die internationale Steuerhinterziehung und den schädlichen Steuerwettbewerb zwischen Staaten vorangetrieben werden.

Der UN-Generalsekretär spricht sich für eine deutliche Erhöhung des globalen Mindeststeuersatzes für transnationale Unternehmen aus, kombiniert mit einer stärkeren Besteuerung der Wirtschaftsaktivitäten transnationaler Konzerne in Ländern des Globalen Südes. Die Vorschläge umfassen auch global koordinierte Schritte zur Förderung von progressiven Steuersystemen und der Einführung innovativer Steuern auf die Nutzung öffentlicher Gemeingüter wie Verkehrsinfrastruktur, z. B. in der Schifffahrt oder Weltraumnutzung, sowie eine Finanztransaktionssteuer. Bereits beschlossen hat die UN-Generalversammlung, zwischenstaatliche Verhandlungen zur Stärkung der internationalen Steuerkooperation aufzunehmen, mit dem möglichen Ziel einer UN-Steuerkonvention.

Stärkung öffentlicher Entwicklungszusammenarbeit

Durch die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) sollen durch direkte Finanztransfers aus dem wohlhabenderen Globalen Norden in den Globalen Süden Ungleichheiten abgebaut, Armut überwunden und öffentliche

Güter geschützt werden. Deutschland hat zwar das international bestehende Ziel, mindestens 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) für Entwicklungsfinanzierung zur Verfügung zu stellen, in den letzten Jahren viermal erreicht. Faktisch ist dieser Wert als Indikator für die tatsächlichen Finanzausschüsse für Länder im Globalen Süden aber nur begrenzt aussagekräftig. Denn neben Schuldenerlassen blähen die Ausgaben für Studierende aus Entwicklungsländern in Deutschland oder für Geflüchtete – auch aus der Ukraine – im ersten Jahr ihres Aufenthalts die Zahlen zur Entwicklungszusammenarbeit auf. In den kommenden Jahren droht nach einer Analyse des Verbands Entwicklungspolitik und humanitäre Hilfe (VENRO) ein dramatischer Einbruch der deutschen Entwicklungsfinanzierung auf 0,66 Prozent des BNE oder weniger.

Neuer Konsens im Kampf gegen globale Ungleichheit

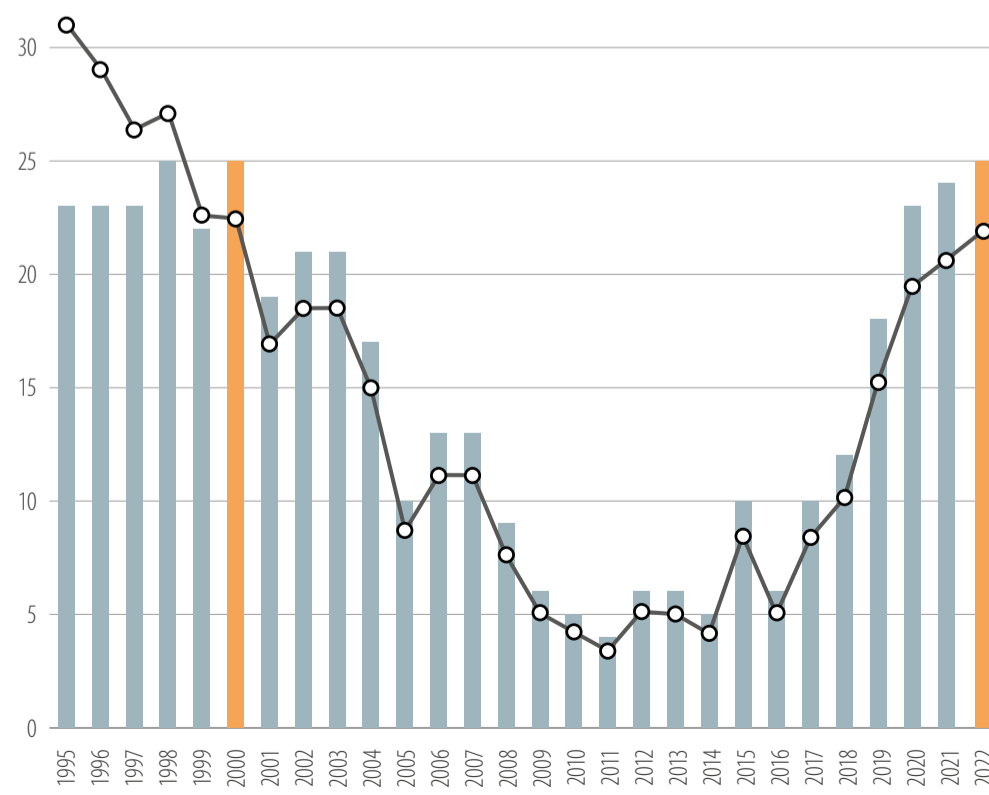
In den kommenden Jahren wird sich entscheiden, ob es der internationalen Staatengemeinschaft gelingt, eine Neuausrichtung der internationalen Finanzarchitektur zu beschließen. Im September 2023 hat der zweite SDG-Gipfel der Vereinten Nationen eine Halbzeitbilanz der Fort- und Rückschritte in der Umsetzung der Agenda 2030 gezogen. Im September 2024 soll der sogenannte »Zukunftsgipfel« die multilaterale Zusammenarbeit zur Lösung globaler Krisen und die Verwirklichung der Agenda 2030 vorantreiben. Der Schlüssel für die politische Lösung der gegenwärtigen Krise der Entwicklungsfinanzierung – und damit der Test für den politischen Willen zur Überwindung globaler Ungleichheiten – liegt aber bei der vierten internationalen Entwicklungsfinanzierungskonferenz im Jahr 2025. Denn dann kann die hier vorgeschlagene Reformagenda zur Mobilisierung zusätzlicher Mittel für nachhaltige Entwicklung und für eine strukturpolitische Transformation der internationalen Finanzarchitektur für mehr Gerechtigkeit und Teilhabe Realität werden.

Dr. Klaus Schilder ist Referent für verantwortliches Wirtschaften bei Misereor.



Foto: Christina Kamp

Länder, die mehr als 20 Prozent ihrer Staatseinnahmen für den Schuldendienst aufwenden



Quelle: UNDP Global Policy Network Brief. Datenbasis: Weltbank-Daten zum Schuldendienst und Daten des Weltwährungsfonds (IWF) zu Staatseinnahmen, jeweils 2022. Berücksichtigt sind alle Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen, für die für 2022 Daten vorlagen.

Immer mehr Länder in der Schuldenkrise

In vielen Ländern ist die Verschuldung heute wieder so hoch wie in früheren Jahren der Schuldenkrise. 2022 haben geschätzt 25 Entwicklungsländer mehr als 20 Prozent ihrer Staatseinnahmen für den Schuldendienst (Zinsen und Tilgungen) für Staatsschulden oder staatlich garantierte Auslandskredite aufwenden müssen. So viele Länder waren es seit 2000 nicht mehr, als die Initiative für hochverschuldete arme Länder (Heavily Indebted Poor Countries Initiative – HIPC-Initiative) auf den Weg gebracht wurde.

■ Anzahl der Länder
 ● Anteil der Länder mit einem Schuldendienst von mehr als 20 Prozent an allen Ländern, für die für das jeweilige Jahr Daten vorlagen

Entwicklungsbanken: Treibende Kraft für nachhaltige Entwicklung?

Ob Windparks in Südafrika, Krankenhäuser in Bangladesch oder der Ausbau der Trinkwasserversorgung in Indien – der Weg zur Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) erfordert Investitionen. Häufig kommt das Geld dafür von Entwicklungsbanken. **VON RICHARD BEIL**

Unternehmen und Regierungen in Ländern des Südens können sich im Normalfall nur zu hohen Zinsen Geld leihen. Ein Grund dafür ist das Ausfallrisiko der Gläubiger, da die wirtschaftliche Lage und die politische Stabilität oft angespannt sind. Um die wirtschaftliche Situation zu verbessern wären jedoch Investitionen notwendig. Die aber sind aufgrund der hohen Zinsen, die die internationalen Finanzmärkte als Risikoprämie verlangen, sehr teuer. Wissenschaftliche Studien gehen davon aus, dass in den Ländern des Südens jährlich rund 1,5 Billionen Euro zusätzlich ausgegeben werden müssten, um deren Wachstumspotenzial auszuschöpfen.

Vorteile von Entwicklungsbanken

Entwicklungsbanken versuchen, diese Stagnation aufzubrechen. Sie können Kredite zu günstigen Zinsen vergeben, denn sie profitieren von verschiedenen Privilegien. In der EU existiert beispielsweise eine Sonderregelung, die 14 große, multilaterale Entwicklungsbanken mit Staaten gleichsetzt. Dadurch gelten sie am Kapitalmarkt als sehr sicher.

Ein weiterer Vorteil ist, dass sie langfristige Investitionen tätigen können. Normale Geschäftsbanken sind eher an kurz- bis mittelfristigen Gewinnen interessiert. Wenn aber zum Beispiel in Indien in den Bau von Schulen in ländlichen Gebieten investiert wird, gibt es keinen unmittelbaren Gewinn für die Investoren. Gut ausgebildete Menschen sind jedoch

ein wichtiger Faktor für die langfristige wirtschaftliche Entwicklung eines Landes. Auch der Schutz des Amazonas-Regenwaldes wirft keinen Gewinn ab. Dennoch ist der Erhalt unserer Umwelt die Grundlage für die menschliche Existenz. Entwicklungsbanken schließen diese Lücke. Sie müssen keine kurzfristigen Gewinne erzielen und sich nicht vor privaten Investoren rechtfertigen. So können sie sich auf Nachhaltigkeitsziele konzentrieren.

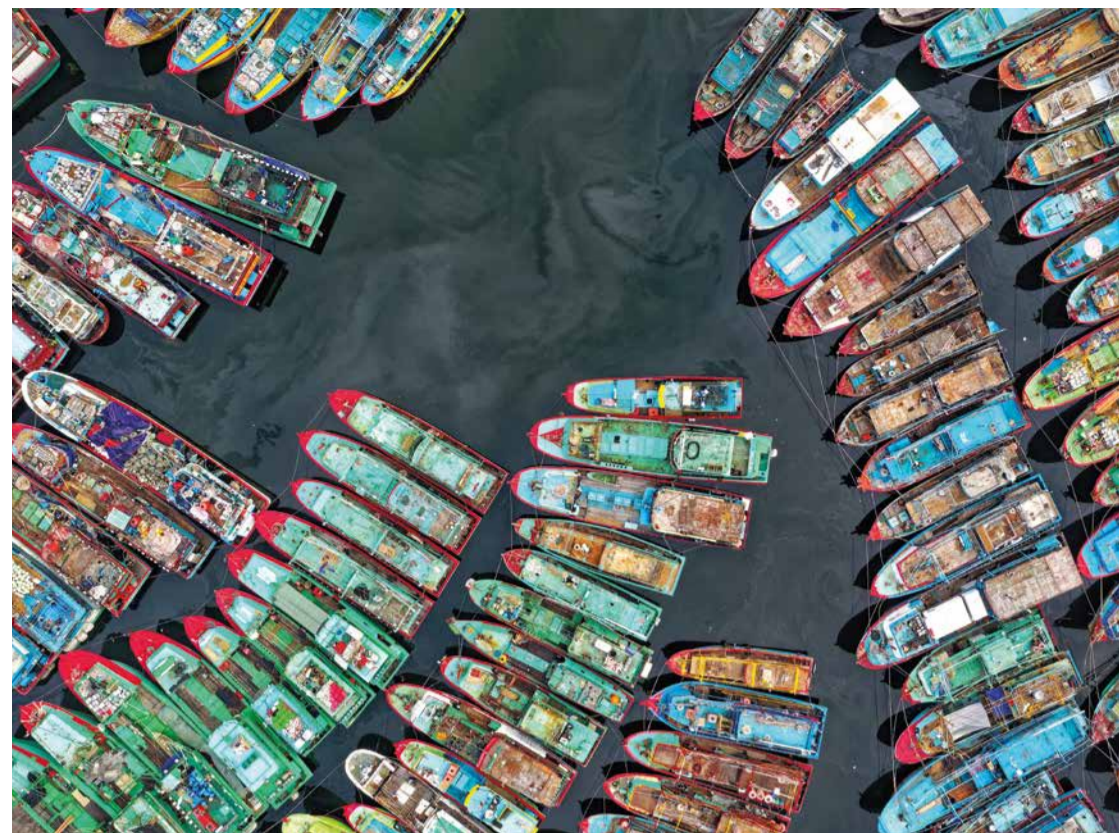
Neben finanzieller Unterstützung bringen multilaterale Entwicklungsbanken Fachwissen und Erfahrung in die Projekte ein, zum Beispiel im Projektmanagement, in Bezug auf Umweltverträglichkeitsprüfungen oder Regulierung. Durch ihre zahlreichen Niederlassungen haben sie eine starke regionale Präsenz. Gleichzeitig fördern sie die Zusammenarbeit und den Wissensaustausch.

Kritikpunkt Umweltauswirkungen

Vor allem im letzten Jahrhundert haben sich die Entwicklungsbanken auf Infrastrukturprojekte wie Staudämme oder Straßenbau konzentriert, die erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt haben können. Ein prominentes Beispiel ist der Itaipu-Staudamm am Paraná-Fluss an der Grenze zwischen Brasilien und Paraguay. Zwar verbessern solche Projekte die Energie- und Wasserversorgung, doch es werden auch Lebensräume zerstört, Gewässer verschmutzt und indigene Gemeinschaften vertrieben.

Umstrittene Konditionalität

Seit den 1980er Jahren werden Kredite häufig an Bedingungen wie den Abbau sozialer Sicherungssysteme oder die Privatisierung staatlicher Unternehmen geknüpft. Diese Auflagen können jedoch zu politischer Instabilität führen. Gleichzeitig ist der positive Effekt von Privatisierungen auf das Wirtschaftswachstum nicht belegt. Kritiker fordern daher eine stärkere Berücksichtigung der Bedürfnisse der lokalen Bevölkerung und eine flexiblere Vergabe von Finanzmitteln.



Fischerboote in Indonesien: Entwicklungsbanken müssen das Verhältnis von Wirtschaftswachstum und Umweltauswirkungen bei ihrer Finanzierung bedenken. Kritiker argumentieren, dass Umweltaspekte in der Vergangenheit häufig zu wenig beachtet wurden. Foto: Tom Fisk

Nachhaltiges Landschaftsmanagement in Indonesien

Die Ozeane Indonesiens sind vitale Ökosysteme, die eine wichtige Rolle für den Wohlstand und die Lebensgrundlagen von etwa 60 Millionen Menschen entlang der Küsten spielen. Allerdings sind diese wertvollen marinen Lebensräume bedroht – durch Überfischung, Umweltverschmutzung und die zunehmende Bebauung entlang der Küsten. Besonders kritisch sind die Auswirkungen auf empfindliche Ökosysteme wie Korallenriffe und Mangroven.

Um den nachhaltigen Schutz der marinen Ökosysteme zu gewährleisten, hat die indonesische Regierung mit Unterstützung der Weltbank 1998 das »Coral Reef Rehabilitation and Management Program« ins Leben gerufen. Zunächst konzentrierte sich das Projekt darauf, das Bewusstsein für den Schutz mariner Ökosysteme zu stärken und die Gemeinden in die Verantwortung für ihre Küstenressourcen einzubeziehen. Mit Erfolg: Die illegale und destruktive Fischerei in den Projektgebieten ging um 60 Prozent zurück, die Korallenriffbedeckung nahm um 17 Prozent zu. Die positiven Auswirkungen auf die Lebensgrundlagen der Küstengemeinden waren deutlich spürbar.

Eine bedeutende Errungenschaft war die »Coral Triangle Initiative on Coral Reefs, Fisheries and Food Security« im Jahr 2009 in Zusammenarbeit mit Timor-Leste, den Philippinen, Malaysia, Papua-Neuguinea und den Salomonen. Als Teil ihrer Verpflichtungen hat die indonesische

Regierung 20 Millionen Hektar als Meeresschutzgebiete ausgewiesen. Schließlich wurde auch verstärkt in die Forschung investiert. Neue Technologien und innovative Indizes zum Gesundheitszustand von Korallen, Seegras und Mangroven wurden entwickelt, um das Management der marinen Ökosysteme effektiver zu gestalten.

Um diese Kooperation zu ermöglichen hat die Weltbank gemeinsam mit der Asian Development Bank und der sogenannten Globalen Umweltfazilität (einem Mechanismus zur Finanzierung von Umweltprojekten) für dieses Unterprojekt 57,3 Millionen US-Dollar (ca. 53,95 Millionen Euro) als Kredit zur Verfügung gestellt. Davon sind zehn Millionen ein Zuschuss. Das bedeutet sie, müssen nicht zurückgezahlt werden. Von diesem Geld werden zum Beispiel Konferenzen zur Vernetzung von Forschenden, Umweltpolitikerinnen und -politikern sowie Menschen aus der Zivilgesellschaft in der Region bezahlt und Meeresschutz-Fachleuten angestellt.

Die Weltbank spielte eine wesentliche Rolle, um das Programm zu stärken. Die finanzielle Unterstützung und technische Expertise haben es der indonesischen Regierung erst ermöglicht, wirksame Maßnahmen zum Schutz der marinen Ökosysteme zu umzusetzen. Mit einer inzwischen 25-jährigen Laufzeit ist das Projekt ein gutes Beispiel für den langfristigen Investitions-horizont multilateraler Entwicklungsbanken.

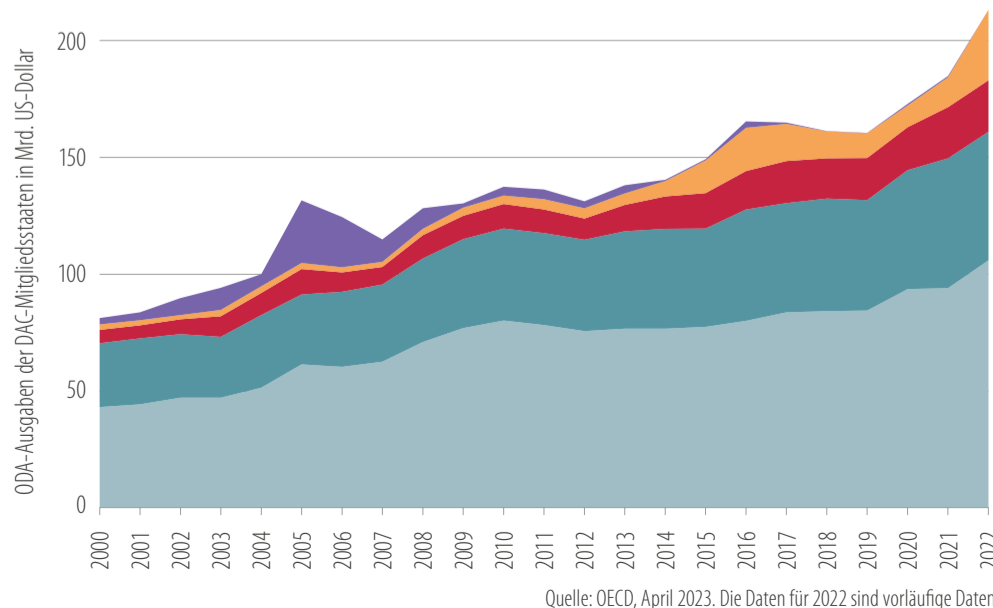
Entwicklungsbanken

Entwicklungsbanken sind Banken, die große Kredite für langfristige Entwicklung vergeben. Eine der ältesten internationalen Entwicklungsbanken, die **Weltbankgruppe**, wurde 1944 zum Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg gegründet und ist eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen. Sie arbeitet eng mit dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) zusammen.

Sind mehrere Staaten beteiligt, spricht man **multilateralen Entwicklungsbanken**. **Regionale Entwicklungsbanken** wie die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) und die Interamerikanische Entwicklungsbank (IDB) konzentrieren sich auf spezifische Regionen. Empfänger der Kredite sind Gebietskörperschaften wie Staaten, Bundesländer, Städte und Gemeinden, Staatsbetriebe oder kleine und mittelständische Unternehmen, die damit die von ihnen vorgeschlagenen Projekte umsetzen. Im Idealfall werfen diese Projekte Gewinne ab, mit denen die Entwicklungsbank dann wieder neue Projekte finanzieren kann.

Neben den multilateralen Entwicklungsbanken gibt es auch **nationale Entwicklungsbanken**, die aber durchaus auch weltweit investieren. Zu den größten gehören die China Development Bank (CDB), die deutsche Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und die Brasilianische Entwicklungsbank (BNDES).

Wofür die Mittel aus der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit (ODA) ausgegeben werden



2022 wurden zwar deutlich mehr Mittel für die staatliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) ausgewiesen, jedoch vor allem aufgrund der gestiegenen Ausgaben für Flüchtlinge und der ausländischen Unterstützung für die Ukraine. Nach den Regeln des Entwicklungsausschusses (DAC) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) gelten diese Ausgaben als eine Art humanitärer Hilfe und können als ODA angerechnet werden.

- Netto-Zuschüsse zum Schuldenabbau
- Ausgaben für Flüchtlinge in den Geberländern
- Humanitäre Hilfe
- Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit
- Bilaterale Entwicklungsprojekte, -programme und technische Zusammenarbeit

Rettungsanker Rücküberweisungen

Sie sind mehr als dreimal so hoch wie die Mittel aus der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit und übertreffen auch die ausländischen Direktinvestitionen: Rücküberweisungen, die Migrantinnen und Migranten Jahr für Jahr in Entwicklungsländer schicken. In der Corona-Pandemie erwiesen sie sich wider Erwarten als Rettungsanker und halfen vielen ärmeren Haushalten, die Krise zu überstehen. **VON CHRISTINA KAMP**

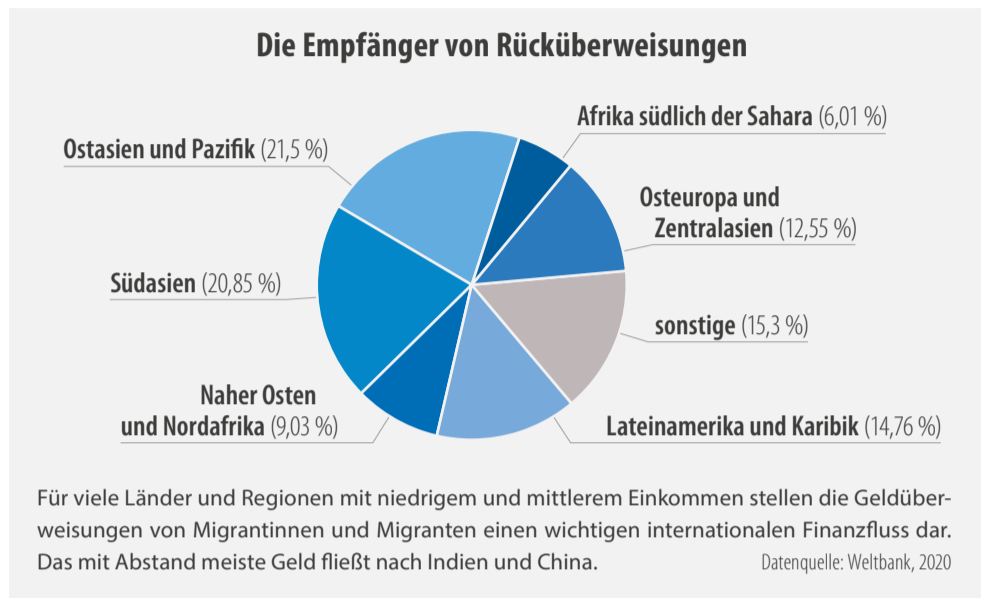
Die finanzielle Unterstützung durch Migrantinnen und Migranten stärkt besonders in Krisenzeiten die Familienbande. Im Jahr 2022 schickten nach Daten der Weltbank über 200 Millionen Arbeitsmigrantinnen und -migranten insgesamt ca. 589 Milliarden Euro in ihre Heimatländer. Nach Schätzung des Global Forums on Migration & Development fließt dreimal so viel Geld durch Rücküberweisungen in Entwicklungsländer wie aus Mitteln der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit.

Über die Hälfte der Rücküberweisungen geht an Haushalte in ländlichen Gebieten und trägt wesentlich zur ländlichen und landwirtschaftlichen Entwicklung bei. In die Landwirtschaft fließt damit sogar viermal so viel Geld aus Rücküberweisungen als aus Mitteln der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit.

Auch in der Pandemie stabil

Während der COVID-19-Pandemie blieben die Überweisungsströme insgesamt recht stabil. Obwohl zunächst ein starker Rückgang erwartet worden war, gab es 2020 nur einen leichten Rückgang um 2,4 Prozent gegenüber 2019. 2021 stiegen die Rücküberweisungsströme in Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen dann bereits wieder an.

Zwar schicken Migrantinnen und Migranten »nur« ca. 15 Prozent ihres Einkommens in die Heimat. Doch vor Ort kann dieses Geld mehr als die Hälfte des Gesamteinkommens der Haushalte ausmachen. In vielen Ländern liegt der Anteil der Rücküberweisungen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) im zweistelligen Bereich. Besonders hoch ist er in einigen zentralasiatischen Ländern und in kleinen Inselstaaten, zum Beispiel im Pazifik, wo er im Durchschnitt bei 10,1 Prozent des BIP liegt. In mehr als 70 Ländern machen Rücküberweisungen mindestens vier Prozent des BIP aus.



Mehr Geldströme auf formellen Wegen

In den letzten 20 Jahren haben sich die Überweisungsströme verfünffacht. Auch die Art und Weise, wie Geld geschickt wird, hat sich enorm verändert. Früher verließen sich viele Migrantinnen und Migranten auf informelle Lösungen. So fanden Geldscheine eingerollt und in Kassetten versteckt per Post den Weg nach Ghana, oder Bargeld wurde heimreisenden Bekannten mitgegeben, kam aber in den Dörfern Bangladeschs nicht immer oder nur mit Verspätung an. Heute werden dagegen deutlich mehr formelle, digitale Überweisungen getätigt. Statistisch werden sie nun auch entsprechend besser erfasst.

Banken, Finanzinstitute, Geldtransferunternehmen oder Postfilialen bieten heute einfachere und sichere Möglichkeiten, international Geld zu überweisen. Eine durchschnittliche Überweisung beträgt etwa 188 bis 283 Euro pro Monat. Nach Angaben des Internationalen

Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD) der Vereinten Nationen stiegen die Beträge, die über Mobiltelefone verschickt wurden, ohne dabei ein Bankkonto zu benutzen, 2020 auf insgesamt 12,7 Milliarden US-Dollar und 2021 auf 16 Milliarden US-Dollar.

So hat zum Beispiel in Bangladesch das Zahlungssystem »bKash« den Zahlungsverkehr revolutioniert. Um über »bKash« Geld zu senden und zu empfangen ist kein Bankkonto nötig. Das Geld kann einfach in teilnehmenden Geschäften eingezahlt und mit einer PIN-Nummer abgeholt werden. So ist das Zahlungssystem auch in abgelegenen Dörfern verfügbar.

Sinkende Kosten

Auch die Kosten für solche einfachen und sicheren Überweisungen sind erheblich gesunken. So zeigt der Fortschrittsbericht des UN-Generalsekretärs zu den 17 Zielen (»Progress towards the Sustainable Development Goals: Towards a Rescue Plan for People and

Definition

Internationale Rücküberweisungen sind Geld- oder Sachleistungen, die von Migrantinnen und Migranten direkt an Familien oder Gemeinschaften in ihren Herkunftsländern geleistet werden.

Datenquelle

Die Weltbank stellt globale Daten über internationale Überweisungen zusammen, ungeachtet der unzähligen Datenlücken, Definitionsunterschiede und methodischen Herausforderungen bei der Erstellung genauer Statistiken. Diese Daten erfassen jedoch nicht die Geldströme über informelle Kanäle, so dass die Summe der weltweiten Rücküberweisungen wahrscheinlich erheblich höher ist als die verfügbaren Schätzungen.

Planet«), dass die durchschnittlichen Kosten einer Überweisung von ca. 188 Euro von 9,3 Prozent im Jahr 2011 auf 7,42 Prozent 2016 und auf 6,3 Prozent 2021 gesunken sind. Das ist erfreulich, bedeutet aber auch, dass die Zielvorgabe von SDG 10c noch nicht erreicht ist. Danach sollen bis 2030 die Transaktionskosten für Überweisungen von Migrantinnen und Migranten in die Heimat auf unter drei Prozent gesenkt werden.

Dass das noch nicht gelungen ist, ist problematisch, denn so sehen sich viele Migrantinnen und Migranten gezwungen, weiterhin Geld auf informellen, unsicheren aber preisgünstigeren Wegen zu schicken. Zu viel von ihrem oft hart erarbeiteten Geld, das die Finanzinstitute in Form von Gebühren abzweigen, geht für ihre Familien und für die Entwicklung vor Ort verloren.

Gerade in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen wird der größte Teil der Überweisungen dazu verwendet, die Grundbedürfnisse der Haushalte zu decken. Auch wird viel davon in Bildung und unternehmerische Aktivitäten investiert, um das Haushaltseinkommen zu verbessern, Arbeitsplätze zu schaffen und den Angehörigen in der Heimat heute und in Zukunft ein gutes Auskommen zu ermöglichen.

Wie Migrantinnen und Migranten mit Rücküberweisungen zur Umsetzung der SDGs beitragen

ZIEL 3 Rücküberweisungen, die in medizinische Versorgung, Medikamente, Vorsorge oder Krankenversicherungen investiert werden, verbessern den Gesundheitszustand von Familien.



1 KEINE ARMUT

2 KEIN HUNGER

ZIEL 1 Eine Analyse von 71 Entwicklungsländern hat gezeigt: Eine zehnpromtente Steigerung der Rücküberweisungen pro Kopf verringert die Armutsquote um 3,5 Prozent.

ZIEL 2 In ländlichen Gemeinschaften fließt die Hälfte der Rücküberweisungen in die Landwirtschaft. Das zusätzliche Einkommen verbessert die Ernährungslage.

3 GESUNDHEIT UND WOHLERGEHEN

4 HOCHWERTIGE BILDUNG

ZIEL 4 Familien, die von Angehörigen aus dem Ausland unterstützt werden, investieren etwa ein Zehntel ihres Einkommens in die Schulbildung ihrer Kinder. Ihre Kinder, insbesondere Mädchen, gehen häufiger und länger zu Schule.

ZIEL 5 Rücküberweisungen verändern die Rolle von Frauen, sowohl derer, die Geld schicken, als auch derer, die Geld empfangen. Sie sind finanziell unabhängiger.

ZIEL 6 Um die lokale Entwicklung in der Heimat voranzubringen, schließen sich Migrantinnen und Migranten oft zusammen und stellen technische Hilfe und Mittel bereit, z. B. zur Verbesserung der Wasserversorgung.

3 GESUNDHEIT UND WOHLERGEHEN

4 HOCHWERTIGE BILDUNG

ZIEL 7 Rücküberweisungen werden gerne in die Verbesserung der Wohnqualität investiert, auch in effizientere Kochstellen und saubere Energien.

ZIEL 8 Das Geld von Migrantinnen und Migranten stärkt die Wirtschaft. Ihre Investitionen in Kleinst-, Klein- und mittelständische Unternehmen schaffen Arbeitsplätze und Einkommen.

ZIEL 10/C Sinken die Überweisungskosten, erhöht sich das verfügbare Einkommen der unterstützten Familien. Werden die Kosten auf durchschnittlich drei Prozent gesenkt, würden die Familien über 18 Milliarden Euro sparen.

9 INDUSTRIE, INNOVATION UND INFRASTRUKTUR

10 WENIGER UNGLEICHHEITEN

ZIEL 11 Rücküberweisungen und Investitionen der Diaspora spielen eine wichtige Rolle im Umgang mit den Auswirkungen des Klimawandels und helfen wetterbedingte Einkommensausfälle auszugleichen.

ZIEL 12 Nachhaltige Städte und Gemeinden

ZIEL 14 Mit Initiativen wie dem Globalen Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration engagiert sich die internationale Gemeinschaft dafür, die Entwicklungswirkungen von Rücküberweisungen zu stärken.

14 LEBEN UNTER WASSER

15 LEBEN AN LAND

ZIEL 16 Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen

ZIEL 17 Partnerschaften zur Erreichung der Ziele



Quelle: Sending Money Home: Contributing to the SDGs, one family at a time. International Fund for Agricultural Development (IFAD). IFAD, 2017 (gekürzt).

1. Auflage Oktober 2023 · ISSN 1614-5437

HERAUSGEBER
Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V.
Zimmerstraße 26/27 · D-10969 Berlin
Telefon: (030) 259375-0 · Telefax: (030) 259375-29
E-Mail: info@dgvn.de · Web: www.dgvn.de
f dgvn.e.v x dgvn_de @dgvnev DGvNeV in DGvN

VERANTWORTLICH
Dr. Lisa Heemann, DGvN-Generalsekretärin

REDAKTION
Christina Kamp
Richard Beil, Oliver Hasenkamp, Jana Krieg (DGvN)

Gestaltung: Cornelia Agel
Gedruckt auf 100%-Recycling-Papier.



Die Publikation wurde mit Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert.

Die Eine-Welt-Presse kann für die Nutzung in der Schule oder Bildungsarbeit kostenlos bei der DGvN bestellt werden: <https://dgvn.de/eine-welt-presse>